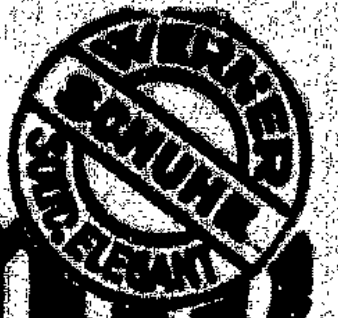


Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 120 Mk., wöchentlich 30 Mk. Durch die Post monatlich 120 Mk., vierteljährlich 360 Mk. (freibleibend). In Pommerellen: monatlich 600,— Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenspreise: Die 6-spaltige Zeile 25,— Mk., von auswärts 30,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 15,— Mk., von auswärts 100,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3240.

Nr. 276

Freitag, den 24. November 1922

13. Jahrgang

Das Cuno-Ministerium vor dem Reichstag.

Die Reichsregierung hat in einer Sitzung am gestrigen Nachmittag nach längerer Beratung der vom Reichskanzler vorgelegten Regierungserklärung zugestimmt. Unmittelbar nach Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung wird Reichskanzler Dr. Cuno die Regierungserklärung abgeben. Es ist beabsichtigt, darauf eine zweiwöchentliche Pause einzutreten zu lassen, während der die Fraktionen über ihre Stellungnahme zur Regierungserklärung beraten sollen. Nach der Pause wird die politische Aussprache durch den Redner der Sozialdemokraten eröffnet werden. Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion ist Genosse Breitfeld bestimmt worden. Man hofft, daß die politische Aussprache noch am Sonnabend zu Ende geführt werden kann, wonach dann eine achtstägige Pause in den Beratungen des Reichstags der neuen Regierung Gelegenheit geben soll, sich in ihre Geschäfte einzuarbeiten.

In Erkenntnis ihrer schwierigen Lage wird die neue Regierung, wie der „Vorwärts“ meldet, auf ein besonderes Vertrauensvotum verzichten. Sie will sich mit einer Billigungsformel begnügen, die das Wort Vertrauen nicht enthält und auch der Sozialdemokratie eine Zustimmung ermbilligen soll. Diese Formel soll in einer Parteiführerbefragung heute vormittag gesucht werden. In einer mehrstündigen Sitzung am gestrigen Nachmittag beschäftigte sich die sozialdemokratische Fraktion mit der Zusammenfassung des neuen Kabinetts, die allgem. ihre Mißstimmung hervorgerufen hat. Unsere Reichstagsfraktion wird daher einer positiven Vertrauensformel nicht zustimmen. Nach dem „B. Z.“ ist in den Kreisen der bürgerlichen Parteien der Mitte beabsichtigt, einen Antrag einzubringen, der die Erklärung der Reichsregierung und den Inhalt der Note vom 18. November billigt.

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Das neue englische Parlament wurde gestern durch den König feierlich eröffnet, der in seiner sehr kurzen Thronrede darauf hinwies, daß die Lage des Handels und der Industrie andauernd sehr belorgnisserregend sei und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Lausanner Konferenz zu dem Ergebnis führen möchte, den Frieden wieder herzustellen.

In der Ansprache über die Thronrede äußerte der Führer der Arbeiterpartei Genosse Ramsay MacDonald, daß die Erklärung der Thronrede über die Arbeitslosenfrage für die Arbeiterpartei sehr unbefriedigend sei. Er beglückwünschte Bonar Law und seine Regierung dazu, daß sie an der Verwirklichung des Vertrages von Sevres teilgenommen hätte und fragte weiter, welches die Haltung der Regierung gegenüber Rußland sei. Die Arbeiterpartei entferne, daß hinter der Szene in Lausanne die verborgene Hand der Petroleuminteressen tätig und sehr mächtig sei. Bonar Law erklärte in seiner Antwortrede, daß Ziel der Regierung sei Frieden. Ueber den irischen Vertrag sagte Bonar Law, was er habe erst kürzlich erklärt, daß das irische Volk in jedem Falle entschlossen ist, den Frieden zu wahren. Bonar Law erwähnte noch, Großbritannien wünsche nicht in Mesopotamien zu bleiben, soweit Del dort auch zu finden sein möge.

Forderungen der Arbeiterpartei.

„Times“ melden, die Arbeiterpartei habe beschlossen, zu verlangen, daß sie als die bei weitem stärkste Oppositionspartei im Unterhause als offizielle Opposition mit allen Rechten und Vorrechten, die damit verbunden sind, anerkannt werden soll.

Nach den Wahlen von 1918 hatte die Arbeiterpartei, obwohl die stärkere der zwei Oppositionsgruppen, den Radikalliberalen das Vorrecht der Opposition freiwillig einräumt. Die Entwicklung des gegenwärtigen Konflikts wird insofern von Interesse sein, als er vielleicht damit enden wird, daß mit dem total veralteten Brauche aufgeräumt werde, wonach es nur eine vollgültige Oppositionspartei geben darf. Es wird in der Tat allmählich an der Zeit, daß die gänzlich fiktive Geschäftsordnung des englischen Unterhauses den neuen Parteiverhältnissen anpaßt wird.

Die Finanzkontrolle über Oesterreich.

Die Sozialdemokraten lehnen die Verantwortung ab. Der Parteirat der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie hat beschlossen, daß die sozialdemokratischen

Abgeordneten im Nationalrat gegen den Wiener Vertrag und gegen das Wiederaufbaugesetz stimmen sollen, aber für das Verfassungsgesetz über den außerordentlichen Kabinettsrat. In der Begründung wird ausgeführt, daß es der Arbeiterschaft nicht gelungen ist, infolge des Verrats der bürgerlichen Parteien die Unterwerfung Deutsch-Oesterreichs unter die internationale Finanzkontrolle zu verhindern, daß aber die Sozialdemokratie die Mitverantwortung für diese Verbrechen ablehnt und die weitere Verantwortung der Bourgeoisie überläßt. Der Parteirat begrüßt es als wichtigen Erfolg, daß es gelungen ist, die Ausschaltung des Parlaments und die Finanzdikatur der Regierung durch ein Gesetz über den außerordentlichen Kabinettsrat zu verhindern.

Frankreich gegen das Washingtoner Abrüstungsabkommen.

Der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten Verges erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Chicago Tribune“, der Ausschuss werde sich gegen die Ratifikation der Washingtoner Abmachungen aussprechen. Die Kommission lehne den gleichen Plattenstand mit Italien ab, da Frankreich an zwei Meeren liege und die Verbindungswege nach seinem ungeheuren Kolonialreich zu schützen habe. Sie erhebe auch Einspruch gegen die Festsetzung der französischen Tonnage, da man sich hierbei auf das gegenwärtige Verhältnis und nicht auf die Zahl der Vorkriegszeit gestützt habe. Der französische Nationalstolz sei tief verletzt, und die Abstimmung werde das Abkommen mit erdrückender Mehrheit verwerfen.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Nach einer Havasmeldung aus Brüssel wird die Brüsseler Finanzkonferenz sich auch mit dem deutschen Ersuchen um Unterstützung bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu beschäftigen haben. Man könne annehmen, daß Poincaré sich während seines Aufenthalts in Lausanne mit Lord Curzon, Mussolini und dem „amerikanischen Beobachter“ über die Finanzfragen unterhalten habe. Aber eine diplomatische Verständigung reiche nicht aus, es müsse vielmehr auch die Mitarbeit von Finanzleuten über ein durchzuführendes Programm mindestens in den Hauptlinien gesichert sein.

Türkische Forderungen in Lausanne.

Ueber den gestrigen Verlauf der Friedensverhandlungen wurde folgender offizieller Bericht herausgegeben: „Ismed Pascha hat im einzelnen auf die Erklärungen und Vorschläge der verschiedenen Delegationen in den früheren Sitzungen geantwortet. Genügend hat auf einige der von Ismed Pascha vorgebrachten Bemerkungen erwidert.“

Der Pariser Berichterstatter der „D. Z.“ weiß über die Sitzung nähere Einzelheiten zu melden. So hat der türkische Vertreter Ismed Pascha folgende Forderungen der Türkei aufgestellt:

1. Aufrechterhaltung der türkischen Grenzen von 1918, 2. Schaffung einer entmilitarisierten Zone an der Grenze, 3. Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität in der neutralen Zone mit einer neutralen Sachverständigenkontrolle für die Entmilitarisierung, 4. Schaffung eines territorialen Zuganges zum ägäischen Meere für Bulgarien, 5. Entscheidung über das Schicksal West-Thraciens durch eine Volksabstimmung.

Gegenüber dem Vertreter Griechenlands Ventzelos erklärte Ismed Pascha:

Wenn Ventzelos das Mittel und die Unterstützung der Verbündeten ansieht, und wenn er sagt, Griechenland habe so viel für die Alliierten getan, so ist darauf zu sagen, daß das reine Propaganda ist. Denn Griechenland hat am Kriege nicht teilgenommen. Wir waren während des Weltkrieges nie mit Griechenland im Kriege. Unseren späteren Vorschlägen zur Einigung ist Griechenland dann immer ausgewichen. Als 1921 unser Vertreter Bekir Sami Bel in London den Vorschlag machte, im Smyrna eine Volksabstimmung zu veranstalten, hat Griechenland das abgelehnt. Als unsere Delegation gerade nach London unterwegs war, begann bereits die griechische Offensive. Griechenland hat bei unseren Versuchen zum Frieden immer ablehnend geantwortet. Dann begann eine neue Vermittlungsaktion der Mächte. Anstatt sie anzunehmen, hat Griechenland wieder auf eigene Gefahr gehandelt und den Krieg begonnen. Damals haben die Alliierten aber ausdrücklich eine Neutralitätserklärung erlassen. Heute muß Griechenland die Folgen seiner Niederlage auf sich nehmen.

Die Türken zeigen sich unzufrieden mit der von uns gestern gemeldeten Wiederherstellung des Balkanbundes und erklärten, sie müßten gegen diese Einheitsfront eine ebenso geschlossene Einheitsfront bilden. Die Türkei soll von dem Unfall Bulgariens, das im Begriffe steht, sich dem neuen Balkanbund und damit indirekt der kleinen Entente anzuschließen, ganz befreit gewesen sein. Die Türken fragen sich nicht mit Unrecht, was man Bulgarien wohl versprochen haben könnte, um es zum Verzicht auf den ihm von der Türkei zugestandenen territorialen Ausgange zum Ägäischen Meer zu bewegen und dazu, sich statt dessen mit einem theoretischen wirtschaftlichen Zugang zum Meer zu begnügen.

Rußland hat in einer energischen Note erneut verlangt, daß es zu den Verhandlungen der Konferenz schon jetzt hinzugezogen wird, andernfalls es auch an den Beratungen über die Meerengenfrage nicht teilnehmen könne.

Interessen am Mittelmeer.

(Ein historisch-politischer Ausflug.)

Die augenblickliche Orientkonferenz in Lausanne soll nach Meinung von Optimisten die türkische Frage regeln. Sie wird das ebensowenig tun wie der Vertrag von Sevres, sie wird vor allem deshalb nicht reine Bahn schaffen können, weil hinter der türkischen Frage nicht nur die des Islam, sondern in den letzten Tagen die des Mittelmeeres aufgetaucht ist. Rußland meldet seine Dardanellenwünsche an, die Araber in Syrien regen sich in einer Weise, daß Frankreich vor seiner Türkenfreundschaft ängstigt wird. Das neueste Moment ist das Wiederausbrechen der Rivalität der europäischen Mächte um Herrschaft und Einfluß im Mittelmeer infolge des außenpolitischen Programms Italiens. Italien, das faschistisch-nationalistische, erhebt auf neue die den ganzen Balkan beunruhigende Forderung: die Adria ein italienisches Meer. Italien, das faschistisch-nationalistische, beunruhigt die französischen Orientimperialisten mit dem Ruf nach Tunis. Mit dieser Haltung gegenüber Frankreich wird Italien notwendigerweise auch Spaniens Wünsche bezüglich der Stellung der großen spanischen Kolonisationsgebiete in Französisch-Alger neu erwachen lassen. Nicht mehr handelt es sich um Dardanellen und höchstensfalls östliches Mittelmeer, das ganze Mittelmeergebiet gewinnt friedensbedrohendes Problem zu werden, alle Gegenläufigkeiten in der Mittelmeerpolitik der europäischen Staaten klaffen aufs neue auseinander. Es wäre nicht das erste Mal, daß vom Orient her die Brandfackel nach Europa geschleudert wurde, es wäre vor allen Dingen nicht das erste Mal, daß um das Mittelmeer und seine Küsten Lint, europäisches Blut fließt. Denn so alter Kampfboden sind die Mittelmeerlande sind, so alter Kampfboden sind sie auch, und wenn für ein Meer der Titel „Blutig“ zuträfe, so auf das mittelländische. Das Zusammenreffen der verschiedensten Völker und Kulturkreise hat sich in verheerenden Explosionen und Kämpfen geäußert, das Blut Mittelmeer in der Weltgeschichte ist vom ersten Tage an mit Blut geschrieben.

Das neunzehnte Jahrhundert sah an den Mittelmeerrändern englisch-französische, russisch-türkische Interessen vielfach aufeinanderprallen, Italien und die Balkanstaaten bauten sich neu und selbständig auf und machten ihre Ansprüche. Durch das ganze Jahrhundert glichen sich russisch-türkische Kämpfe um die Dardanellen, die Großmächte, wie England und Frankreich, griffen ein, besonders im Krimkrieg, und zwar im allgemeinen zugunsten der Türken. Nicht Menschenfreundlichkeit, sondern der Wunsch, recht viel vom Erbe der anscheinend sterbenden Türkei an sich zu rasen, andererseits die Russen vom Mittelmeer fernzuhalten, waren die Beweggründe der Engländer und Franzosen. Einige aber waren sie höchstens hierin, zu schärferen Gegnern wurden sie in der ägyptischen Frage. England blieb hier, nachdem von Napoleons ägyptischem Feldzug an abwechselnd französische und britische Heere in Mevelen gegen Türken und Araber geblutet, Sieger; nicht nur Ägypten, sondern der für seinen Weg nach Indien wichtige Suezkanal, Gibraltar, Malta und Cypern wurden Stützpunkte des britischen Imperialismus. Mit dem Zerfall der Türkei wurde der Appetit der Mächte auf die türkischen Vasallenstaaten Alger, Tunis, Marokko, Tripolis reg. Britische, französische, ja sogar holländische und amerikanische Flotten erzwangen Handelsfreiheit, Hafenabtretungen in Nordafrika, bis Frankreich zugriff und in langwierigen Kämpfen, in denen bekanntlich nicht zuletzt die deutschen Legionäre das Kanonenfutter bildeten, Alger, Tunis und schließlich endgültig im Weltkrieg den größten Teil Marokkos sich einverleibte. Im Hinterland Algeriens und Marokkos aber schon sieht Frankreich auf angeblich englische Interessen, wie

auch in der Geschichte der Eroberung Nordafrikas englische, spanische und bekanntlich auch deutsche Interessen den Arabern den Widerstand mehr ermäßigend als ihre eigenen politischen und militärischen Kräfte.

Diese „Interessen“ sind nun heute wieder als je werden von dem seit dem Brüche als gleichberechtigte Entente macht sich stehenden Völkern vor allem betont. Von dem überaus wichtigen Hafen von Tanger an, der infolge der Abkündigung Englands, Frankreichs und Spaniens unter internationaler Verwaltung steht, bis nach Palästina, für das sogar Amerika auf Grund einer jüdischen Gruppe die „Interesse“ setzt, gibt es eine Kette von Verbindungspunkten. Die leicht ein europäisches Kolonialsystem zu entwickeln können. Frankreich ist nicht loszulassen, seine nordafrikanischen Besitzungen selbst zu beschützen, so leben in Algerien fast ebensoviel Spanier als Franzosen, in Tunis doppelt soviel Italiener als Franzosen, wobei noch zu bedenken ist, daß Frankreich als „Franzosen“ alle Militärgenerationen, auch die eingeborenen und fremden Soldaten, hat. — ankommen. — Kolonialwirtschaftliche Arbeit leisten die Italiener in Tunis unbedeutend mehr als die Franzosen, und gebrauchen könnte Italien Tunis gut als Stützpunkt für seinen Nordafrika-Überseehandel. — Ja, wenn nicht ein Stillschanden von ureingeführter Arbeiter- und Arbeiterbewegung in zum Teil ständigen Verhältnissen da wäre. Die französische bürgerliche Presse weiß zwar viel von Frankreich-Besetzung dieser Arbeiter zu erzählen, diese „Besetzung“ wird aber wohl dort am härtesten sein, wo am meisten französische Gendarmen und Truppen vorhanden sind.

Ähnlich liegt es in Ägypten. Unzweifelhaft hat dort England anerkanntswürdige kolonialwirtschaftliche Arbeit geleistet, aber es steckt auch viel französisches, italienisches und anderes Kapital dort. Dazu reist sich die eingeborene Bevölkerung. Wie hart diese Reue ist, läßt sich nicht übersehen, aber jedenfalls ist sie Ursache, Erschwerung. Was in Palästina und Syrien die Zukunft bringt, ist ebenfalls noch unübersehbar, und diese, rechtswidrige Grenzlinie zwischen Armenien und der Türkei zu ziehen dürfte unmöglich sein. Dazu die Dardanellenfrage, in der Ägypten, je härter es ist, ein desto gewichtigeres Wort mitreden will und muß.

Man sieht eine Kette von Reueungen, Interessenverhältnissen und zusammenhängenden, nicht ein Problem, sondern eine Kette von Problemen ist es, die ihr Haupt erhebt, wenn das Thema naher Orient und Mittelmeer auf die Tagesordnung kommt. Die internationale Arbeiterbewegung muß wissen, daß hier Quellen liegen, aus denen über Nacht Krieg und Freiheitskämpfe entströmen können. Selbst wenn man den europäischen Staaten das Recht zugesteht, halbbarbarische Völkern, die sich der Weltwirtschaft anzuschließen wollen, mit Gewalt in den Kreis der Zivilisation zu zwingen, dagegen sollte die europäische Arbeiterbewegung sich nicht scheuen, die europäische Arbeiterbewegung und Nationalismus der europäischen Staaten und die Konkurrenz einflussreicher Handels- und Industrieunternehmen in ihnen die Probleme auf die Spitze treibt bis zu gegenständlichen kriegerischen Aktionen. Deutschland steht heutzutage nicht in dem Bereich der „Mittelmeerinteressen“ — es kann dessen froh sein.

Weitere Proteste gegen das Arbeitsabkommen. Der republikanische Anwaltbund hat sich der Grundgebung des republikanischen Richterbundes zum Fall Ardenbach angeschlossen. Dagegen hat gestern Abend der Schlichterverband der Deutschen Schriftsteller eine Protestversammlung gegen den Prozeß Ardenbach veranstaltet. In der der Bericht über im Ardenbach-Prozeß. Justizrat Dr. Max Verstein, eine Anrede hielt.

Wilde Streik im Rheinland. In mehreren Städten des niederrheinischen Weibels, darunter in Aachen, München-Gladbach, Kempen usw., sind in den letzten Tagen in größeren Betrieben wilde Streiks ausgebrochen, die von Ausbannern der kommunikativen Partei hervorgerufen wurden.

Niagara Anwesenheiten aus Polen. Seit N. T. bleiben die Deutschen Anwesenheiten aus Polen an der Tagesordnung. Eine deutsche Lehrerin, die im Kreis Oranienburg angeheiratet war, wurde mit nur Nebenstimm-

diger Frist angewiesen. Desgleichen erhielt ihre Schwester einen Ausweisungsbefehl mit der Drohung, wenn sie nicht binnen zwei Tagen über die Grenze wäre, würde sie verhaftet werden. Als Grund wurde „Wiedervermittlung“ für einen aus Deutschland angewiesenen Arbeiter angegeben.

Die Feuerungskontrolle in Braunschweig. Wie der Volksbeirath meinte, wurde bei den letzten Unruhen ein Volksgewalt durch Messerflucht an der Hand verlegt. Die Volksgewalt nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Etlichen Personen werden wegen Landfriedens-

bruchs dem Amtsgericht vorgeführt. — Das braunschweigische Staatsministerium hat den Landtagspräsidenten um sofortige Einberufung der Landtagsversammlung ersucht. — Die Stadt war auch in den letzten Abendstunden ruhig.

Ein König angepöbelnd. Ein Wiener Telegramm berichtet, daß König Boris von Bulgarien bei einem Automobilausflug ohne Begleitung in der Nähe von Sofia von Räubern überfallen wurde. Nachdem die Räuber den König völlig ausgeraubt hatten, verschwand er.

Maßnahmen gegen den Alkohol-Mißbrauch.

Die unerträgliche Verteuerung der Milch. — Der Senat lehnt Maßnahmen ab. — Die Ausstellung des Volkstages bei der Steuerfestsetzung.

Der Volkstag trat gestern nach kurzer Vertagung wieder zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung gab der Präsident Kenntnis davon, daß die Fraktionen der V. V. und der U. V. sich unter dem Namen Fraktion der Sozialen Sozialdemokratischen Partei zusammenschließen haben. Vorsitzender der Fraktion ist Gen. Wehl. Den Fraktionsvorsitz bilden: Gen. Wehl, Dietrich, v. d. V. Es wird geprüft werden, ob eine Änderung in der Besetzung der Ausschüsse eintritt.

Eine Reihe von Eingaben wurde nach den Vorarbeiten der Ausschüsse erledigt. Der Antrag des Senats auf Festsetzung der Besetzung zur Strukturveränderung des Abg. Dewitzki wurde dem Reichsausschuß überwiesen.

Beihilfen für die Lehrkräfte an den privaten Vorschulen werden von den Deutschnationalen seit einiger Zeit beharrlich verlangt. Immer wieder machen sie einen Vorstoß gegen den mitleidigen Senator Dr. Strunk, der in dieser Angelegenheit den Standpunkt vertritt, daß die Vorschulen nicht mehr nötig sind, weil die Kinder in den öffentlichen Schulen untergebracht werden können. Die Abg. v. Vossart (Dmit.) verlor die Beihilfen für die Lehrkräfte der privaten Vorschulen in der gleichen Höhe, wie sie die Lehrkräfte an den öffentlichen Mittelschulen erhalten, bis zum Abbau der Vorschulen. Senator Dr. Strunk erklärte, im Namen des Senats, daß dann, wenn die Schulausbildung nicht zur Befriedigung der Lehrkräfte genügt, Beihilfen gegeben werden.

Maßnahmen gegen den übermäßigen Alkoholenuss verlangt die Deutschnationale Fraktion. Abg. Gen. Blagemann stellte fest, daß anfangs ein allgemeines Verbot aller weiblichen Volkskassenabgeordneten geplant war. Die Deutschnationale Fraktion habe es aber vorgezogen, den Antrag allein einzubringen. Gen. Blagemann betonte die Schädigung der Volksgesundheit durch den übermäßigen Alkoholenuss und wandte sich scharf gegen die vielen Konzeptionsentwürfe durch den Reichsausschuß. Abg. Kalkschne (Dmit.) wies auf den Alkoholenuss hin. (Zuruf: In der Deutschnationalen Fraktion sitzen die Schnapsbrenner!) Durch den Antrag solle der Senat veranlaßt werden, scharfe Maßnahmen gegen den Alkoholenuss zu treffen. Von der Abg. Wehl (U. V.) wurde der Antrag bearbeitet, und darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen vor einiger Zeit eine Entschickung, die den Alkoholenussverbot in den Schulen fordert, abgelehnt haben! Auch die Konzeptionsabgeordnete Jüper war mit dem Antrag einverstanden und sprach von vielen schwanfenden Vorschlägen am Freitag Abend. Abg. Schmidt (Danz. R.) erklärte, daß der Antrag der Deutschnationalen nicht ernst gemeint sei, weil in ihren Reihen die Schnapsbrenner sitzen. Der Antrag sei lediglich in Nationalitätszwecken gestellt. Man solle die sozialen Ursachen des übermäßigen Alkoholenusses erkennen. Abg. Kalkschne (deutsch. R.) fordert ein gesetzliches Alkoholenussverbot. Die Einfuhr von Schaumweinen müsse ebenfalls verboten oder mit einer hohen Steuer belegt werden. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein weiterer deutschnationaler Nationalitätsantrag forderte

verbilligte Säulingsmilch für minderbemittelte Kreise. Die Abg. Knoblauch (Dmit.) erklärte, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht in der Lage sei, den Milchpreis zu bezahlen. (Zuruf: O. ihr Geschick!) Senator Dr. Schwarz entgegnete, daß die Verbilligung von Milch Sache der Gemeinden sei. Abg. Gen. Alkoholenuss wies mit treffenden Worten auf das ungewollte Verhalten der Deutschnationalen hin. In demselben und Kommissionen treten sie stets für Verbilligung der Milchpreise ein. Da nun die letzte Milchpreisverbilligung viel böses Blut in der Bevölkerung gemacht hat, deshalb ist dieser Antrag abzulehnen. Die sozialdemokratischen Parteien sind für niedrige Lebensmittelpreise einzuhalten, wobei sie immer auf den Überfluß der Deutschnationalen stehen. Wenn hier von

„schonenden Verhalten“ gesprochen werde, so seien das nicht die Folgen des Alkoholenuss, sondern Opfer des Hungers, die vor Entkräftung zusammenbrechen. Der Milchpreis ist seit 1914 auf das 60fache gestiegen, die Löhne sind jedoch in Durchschnitt um das 20fache erhöht worden. Die Landwirte bereichern sich auf Kosten der Volksgesundheit, was für das Staatswohl sehr gefährlich werden kann. In anderen Gegenden Deutschlands verankerten die Landwirte Sammlungen von Lebensmitteln, die an die notleidende Bevölkerung unentgeltlich abgegeben werden. Die Landwirte im Reichsausschuß haben soziales Misstrauen nicht. Die Anwesenheit auf dem Lande ist skandalös. Abg. Kalkschne (Danz. R.) wies darauf hin, daß die Milch, die den Kindern entzogen wird, an das Vieh verfüttert wird. Abg. Frau BSA (deutsch. R.) forderte die Bildung von Arbeiterkontrollausschüssen, die die Verteilung von Lebensmitteln überwachen sollen. Der deutschnationale Antrag wurde dem Sozialen Ausschuss überwiesen.

Der Senat forderte in einem Gesetzentwurf die Ermächtigung zu Änderungen von Kostensätzen und Gebührenordnungen.

Abg. Nahn (Danz. R.) stimmte sonderbarerweise dieser Forderung des Senats, die eine Vertagung der Verhandlung für den Senat bedeutete, zu. Gleichzeitige teilte Nahn mit, daß der Senat, unter Ausschaltung des Volkstages vom Reichsausschuß die Bestimmungen für die Verteilung des Preises für das Umlagegetreide verlangt.

Abg. Gen. Epil erklärte, daß die Ver. Soz. Fraktion auf keinen Fall dem Senat die verlangte Ermächtigung geben wird. Die Beratung im Ausschuss bietet keine Sicherheit. Die Gebühren müssen zwar der Geldwertminderung angepasst werden, aber das muß in aller Öffentlichkeit geschehen. Die Fraktion ist nicht gewillt, Rechte des Volkstages aufzugeben.

Die Gesetzesvorlage wurde in 2. Lesung mit der Forderung des Senats mit Zustimmung des Ausschusses die Gebühren festsetzt, angenommen.

An einer weiteren Vorlage verlangt der Senat die Ermächtigung, auch

Steuern ohne Zustimmung des Volkstages erheben zu können. Es soll schließlich ein Ausschuss darüber beschließen. Abg. Dr. Humke (Dmit.) hält die Wirksamkeit eines Ausschusses für verfassungswidrig.

Abg. Gen. Man erklärte, daß die Ver. Soz. Fraktion es entsetzt, absehbare, dem Senat die verlangte Ermächtigung zu geben. Sie sei auch gar nicht notwendig. Wenn etwaige Notwendigkeiten vorliegen hat der Volkstag stets schnelle Arbeit geleistet. Der Senat will schließlich die öffentliche Kritik befechtigen. Es steht zu befürchten, daß der Senat mit der Ermächtigung die Vertagung treibe, und auch indirekte Steuern auf diesem Wege erhöht. In den kleinen Gemeinden bestehen die Ausschüsse oft nur aus 2-3 Personen, da ist die Gefahr der Korruption leicht gegeben. Das Reich hat variable Steuern eingeführt, dieser Weg ist auch für Dania gangbar. Die Ver. Soz. Fraktion wird den Gesetzentwurf aufs schärfste bekämpfen. Abg. Nahn (Danz. R.) lehnte in diesem Falle die Ermächtigung des Senats ab. Senator Dr. Volkmann verfuhr vergeblich, die Bedenken der Rhyten zu zerstreuen. Die Ermächtigung des Senats beschränkt sich nur auf die absoluten Steuern, nicht aber auf die relativen Steuern. Wenn bei einer Änderung der absoluten Steuern und Abgaben wie bisher immer erst die relative Besteuerungsmöglichkeit in Gang gesetzt werden müsse, habe den größten Vorteil der Verbraucher der bekehrten Ware, da der Volkstag nicht so schnell arbeiten könne, wie die Presse geändert würden.

Abg. Nahn (Dmit.) lehnte die Vorlage ab. Es lag ein Antrag vor, die Vorlage dem Steueranschuß zu überweisen. Auf Antrag Mettner fand momentliche Zustimmung statt, die durch die Stimmenthaltung der Finke zur Vertagung des Volkstages führte. Der Präsident verlas die Sitzung auf heute nachmittags.

Aber als Eheleute brauchten sie ein Heim. Auf dem Bauernhause konnte er mit Frau und Kind nicht leben, das war klar. Der Verfolger seiner Familie mußte einen festen Beruf haben. Das Gefühl wachsender Verantwortung lastete schwer auf dem jungen Mann, machte ihn unsicher in seinen Wünschen und unschlüssig in seinen Handlungen. Er ging viel in der Nachbarschaft umher, fragte, hörte sterben und dahn, blickte auch in die Reimungen, immer in der Erwartung, daß er etwas finden möchte, was ihm half. Er wollte einen Dienst annehmen; welcher Art, das wußte er nicht einmal bestimmt. Mit allerhand abenteuerlichen Plänen trug er sich; sogar nach Auswandern dachte er.

Pauline hörte ihm ruhig zu, wenn er seine Zukunftspläne entwickelte. Sie wußte ihn zu trösten und aufzuheitern durch die nie verlassende Güte ihres Wesens. Das Mädchen ließ sich von seinen Sorgen nicht anstecken. Seit sie kleiner geworden war, war große Ruhe über ihr Gemüt gekommen. Als echte Frau versuchte sie in unsicherer Zeit nicht die Besorgung des Mächtigenden. Neht galt ihr ganzer Sinn und Trachten der Beschaffung ihrer Existenz. Wo sie wohnen und leben würde, das wußte noch niemand; aber das war auch beinahe nebensächlich. Das eine stand fest — das war das große Ereignis ihres Lebens, der fühlbare Preis ihrer Liebe und Treue durch so viele Jahre — daß sie ein Paar wurden. Sie war ihm von ganzem Herzen dankbar dafür, daß er ihr doch die Treue gehalten. Wenn er jetzt auch manchmal unwirsch war und schlechte Laune zeigte, das beachtete sie kaum; dergleichen konnte sie nicht einen Augenblick an ihm ihre machen. Sie liebte nicht mehr mit seiner Jugend, heiß aufwallenden und leicht gekränkten ersten Lebensjahre; ihre Liebe war die gelassene, bewährte des befristeten Weibes, das nur noch eine Sorge kennt, den Vater ihres Kindes dauernd als ihr Eigentum zu halten. Sie hatte ihren geheimen Charakter. Sie wollte nicht, daß Gustav sie ganz ohne Aussehen nehmen sollte. Wenn bei ihrer Arbeit das Prantluder auch nur klein sein konnte, mit ganz leeren Händen wollte sie nicht kommen. Man sah sie in jeder Zeit viel mit Schere, Nadel und Nähmaschine, und Leinwand und bunte Stoffe lagen in ihrem reichlichen Schrank aufgeschichtet. — (Fortsetzung folgt.)

Der Büttnerbauer

Roman von Wilhelm von Polenz.

(Nachdruck verboten.)

Gustav dachte im Stillen, daß die Felle wohl nicht so oft verwendet zu werden brauchen, aber, daß es dafür lieber etwas Daudereres zu kaufen geben möchte. Ein Mädchen ging herum mit weißen Anstrichhandschuhen und einer Schürze angetan. Sie trug die Felle vor sich auf einem Brett. So ist es dabei, sagte sie. „Bitte schön!“ Gustav sah das alles durchsichtig hindurch. Von der Katerin und dem Osterbauhe her war er gewohnt, daß man ohne viel Umstände zu machen, aus einem Haufe ab und ab sagte und aufstand nach Verlassen. Aber hier war man auf seinen Schritt achtend, mußte warten, und schließlich mit kleinen, ungemessenen Verweisen seinen Dingen. Die Katerin räumte überlegen die Note, als er wandte des Büttner um ein Stück Brot hat, und zwar um ein großes, weil das keine kleine alle geworden sei.

Was sich, als man beim „Büttner“ gekommen ist, kam nach die junge Frau hinaus. Der Büttner der Katerin. Ein geschicktes Gerichten, um einen Kopf kleiner als die Frau, welcher die Büttnerische Katerin eine Augen war. Der wohlwollende, die junge Frau mit einer bunten Szene über dem Scherbenhaufen, ist außerordentlich angenehm, als er einen Katerin in der Dämlichkeit vorband. Er beruhigte sich jedoch, nachdem er in einer Dämlichkeit von seiner Frau anwachsende Aufmerksamkeit über Gustav verhängt, er nicht hatte.

Schwer waren die Frauen zurück, damit die Männer von Weibchen werden konnten. Frau Büttner hatte aber noch ihrem Vater mit trübender Stimme Verhältnisse mangelhaft gegeben.

Gustav bestand sich allein mit Gustav, Peter und dem intelligenten Büttner. Man schien zu erwarten, daß er werden werde. Er machte sehr bald, daß es nur eines andere sei, vor diesen hier ein Aufsehen verursachen, als er fragte, wo er den Felle allein hätte. Er fühlte einen Wind aus, der sich Peter und Büttner zuwarfen.

Nachdem Gustav eine Weile geschwiegen, nahm der Felle das Wort. Gustav würde sich nur nicht weiter bemühen, sagte er, man werde auf seinen Plan nicht eingehen. Dann sagte er anerkennend, warum das Geld nicht annehmen werden konnte, ja, daß es ein „schöner Gedanke“ sein würde, wenn man es annehmen würde. Er sprach in Andeutungen, die der Büttner nicht folgen konnte. Das Geld würde „a laud verdu“ annehmen sein; von „non valens“ und „Damen annehmen“ sprach er; man dürfe nicht „Abendliches auf Tadel legen“, erklärte er mit mühsamer Mühe.

Der letzte Prüßling nicht Bestimmung, und Karl Bebercht lauichte mit einer gewissen Bewunderung den Ausdrucksformen seines Sohnes. Er war stolz auf den Jungen, der so geliebt werden konnte. Der war frohlich auch auf der Dämlichkeit gewesen; von dort kammten seine schlichten Worten und die fremden Ausdrücke.

Das Ende war, daß Gustav Ansehen im Familienrate erhalten wurde. Wir können es nicht verantworten, so viel Geld auf dem Geschäfte zu stehen und in einer verlorenen Sache anzusehen, so redete Karl Bebercht schließlich seinem Sohne nach.

Gustav sah unverständiger Sache ab. Am letzten Augenblicke, als er sich schon verabschiedet hatte, im „Büttner“ des Büttner, hielt ihm der Felle noch fest, ohne daß es die anderen bemerkt hätten. Es war, wie sich bei näherer Beschauung ergab, ein Mädchen extrafeiner Schnapsbrenner.

Nach solchen Erfahrungen sagte sich Gustav, daß an eine Erhaltung des Bauernhauses nicht mehr zu denken sei. Er war auf den unerschöpflichen Vorrat an Geld und auf den Mann, der wie nur in der Wirtschaft, aber im Stillen war er mit sich selbst und seine Gedanken, daß er sein Geld nicht vor dem der Dämlichkeit trennen würde. Er stand nicht allein da, es gab Personen, die ihm noch höher standen als Eltern, Väter und Schwäger; er mußte vor allen Dingen für die Frauen. Die auf ihn als ihren alleinigen Erben. Nichts dachten der Pauline und den Jungen. Er war bereits beim Prantluder und beim Bauer gewesen und hatte gemerkt, daß er im Prantluder keine Prantluder beabsichtige.

Danziger Nachrichten.

Die Landfrage im Freistaat.

Auf unserm letzten Parteilage wurde auch die Landfrage von zwei Seiten erwähnt. Genosse Koop sprach von der Landbesiedelung, und Genosse Nau wies auf die brach liegenden Felder im Freistaat hin, die der genossenschaftlichen Bewirtschaftung zugewiesen werden sollten. In der Tat gehört die Landfrage zu denjenigen, die eingehend und gründlich für die praktische Gesetzgebung und Verwaltung zu bearbeiten sich sehr lohnt.

Artikel 110 der Danziger Verfassung schreibt vor: Der Boden samt seinen Kräften und Schätzen ist unter ein Recht zu stellen, das jeden Mißbrauch verbietet und jeder Familie der Freien Stadt die Möglichkeit erschließt, eine Wohnstättstätte oder bei Beruflicher Vorbildung eine Wirtschaftsstätte zu gewinnen, die ihrem Zweck dauernd gesichert ist. Wenn es ganz nach unseren Wünschen gegangen wäre, dann hätten wir diesen Artikel noch klarer gefaßt, aber die Verfassung ist angenommen, und wir haben jetzt darauf zu halten, daß die hier eingegangene Verpflichtung auch erfüllt wird. Der Senat und seine kapitalistische Volkstagsmehrheit haben aber auch auf diesem Gebiet verfaßt.

Im Reich ist zwar nicht viel auf diesem Gebiete geschehen, aber doch sind erfreuliche Anfänge vorhanden. Dort sind wenigstens gesetzgeberische Taten vorhanden. Die Ausführung ist freilich in die Hände der Großgrundbesitzer gelegt, die den Gedanken sabotieren. In Danzig aber ist bisher überhaupt noch nichts geschehen. Der Boden im Freistaat wird nicht genügend für die Volksernährung ausgenutzt, und das ist ein Mißbrauch, der verhindert werden soll. Für die Einrichtung dauernder Wirtschaftsstätten ist noch nichts geschehen. Nicht einmal die Arbeiter, die in der Bevölkerung ausreichend zur Verfügung gestellt. Unser Parteigenosse, der Landtagspräsident in Anhalt, Peus, hat auf dem diesjährigen Bodenreformtag in Karlsruhe darauf hingewiesen, welche Bedeutung es hat, wenn die Familie mit dem Lande, und sei es auch nur ein Rußgarten, in Berührung steht. Er tritt dem Vorurteil entgegen, daß bei Ackerkultur mehr wächst, wie bei Gartenkultur.

Peus sagt weiter: Dann wird jede Viertelstunde, die in der Metkasserie nicht verwertet werden kann, hier unmittelbar beim Hause im Garten fruchtbar. Es ist wirklich geradezu erstaunlich, daß die Menschheit so lange Zeit gebraucht hat, um zu erkennen, daß jede Familie bei ihrem Hause unbedingt ihren Garten haben muß. Peus fügt, diesen Gedanken in den großen sozialistischen ein, indem er darauf hinweist, daß auch die Persönlichkeit zu ihrem Recht kommen muß. Auch der Sozialismus ist nur Mittel zum Zweck. Das innere Glück des einzelnen und das Glück seiner Familie, das ist der Zweck auch jedes Sozialismus. Und wo er dazu nicht beitragen kann, da soll der Individualismus sein Recht haben. Das ist möglich im Haus, im Garten, im Gartenbeim. In dem kleinen Lande Anhalt mit 230 000 Hektar Bodenfläche und 80 000 Familien besteht eine bodenreformfreundliche Mehrheit, und dort ist man in großzügiger Weise an die Lösung dieser Frage herangegangen. In Danzig aber hat man sogar einer Genossenschaft in Neubude bei der Erlangung von Land zur Vergebung von Arbeitergärten Schwierigkeiten gemacht. Es ist höchste Zeit, daß man sich im Volkstag dieser Frage annimmt und sie zum mindesten in der in der Verfassung festgesetzten Form der Lösung entgegenführt.

Eine Stadtverordnetenversammlung

Am Mittwoch am kommenden Dienstag, den 28. Nov., zwischen 4 Uhr im Rathaus soll die Tagesordnung sein: Mitteilung des Senats betr. Verabschiedung der Preise für Gas und für vollende Kreise. — Berichte über die außerordentliche Zusammenkunft der Stadt Danzig und ihrer Nebenstellen. — Erste Lesung folgender Haushaltspläne für 1922: des Wohlfahrtsamtes und dessen Wirtschaftsabteilung, der Kammerverwaltung, der Feuerweh, der Leibnizverwaltung, des städtischen Vermessungsamtes, der Grundbesitzverwaltung, der Hochbauverwaltung, des Altersheim Besondere, der Schulverwaltung. — Prüfung der Preislisten für die Gebühren.

Gesichtliche Prämien für Kettenhandel.

Der Kaufmann Ernst Habel und der Kaufmann Johannes Machow in Danzig hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Kettenhandels zu verantworten. Die Straftat liegt bereits drei Jahre zurück und kam erst jetzt zur einstweiligen Entscheidung. Ein dritter Kaufmann Goldbach hatte seinen Einspruch gegen den Strafbefehl zurückgezogen. Die drei Kaufleute betrieben den Kleinhandel und machten daneben auch größere Geschäfte mit Goldminen usw. Habel kaufte von außerhalb einen Koffer mit 2000 Mark an Goldschmuck für 140 Mark das Dutzend, obwohl die nach der Vorschrift der Zigarettenfabrik Deutsche im Kleinhandel für 6 Pa. das Stück verkauft werden sollten. Diese Ware wurde aber von dem Angeklagten nicht im Kleinhandel verkauft, sondern für 182 Mark an Goldbach weitergegeben. Auch dieser Verkauf wurde nicht an Verbraucher, sondern an Nachhändler verkauft. Dieser verkaufte die Ware ebenfalls nicht an Verbraucher, sondern an einen Kaufmann mit Preislisten als vorliegend. Bei der Festsetzung des Strafmaßes lehnte das Gericht jedoch ab, die Geldstrafe wegen der Kaufleute in Betracht zu ziehen. Die vor drei Jahren in dem Strafbefehl festgesetzte Strafe von 2000 Mark wurde auch heute beibehalten. Wenn der Preiswucher so behandelt wird, wie in diesem Fall, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß er geradezu triumphiert. Es macht auf das Volk nicht den Eindruck, daß beim Gericht überhaupt für solche Fälle Strafen vorhanden ist, wenn die Sache erst nach drei Jahren die erste Instanz verläßt. Besonders merkwürdig ist, daß

beim Preiswucher dem ungeflügten Kaufmann die Selbstentwertung nicht angedroht werden soll. Das ist ein Widerspruch in sich selbst. Der Kaufmann verlangt doch gerade, daß für seine Preisveränderungen die Selbstentwertung berücksichtigt wird. Und diese Berücksichtigung kann er nie hoch genug erlangen. Und hier wird die Geldstrafe, die nur drei Jahren als angemessen angesehen wurde, trotz der Geldentwertung so belassen. Für Kettenhandel mit einem Koffer Zigaretten gibt es eine Strafe von noch nicht 2 Pfund Margarine. Das kann man nicht mehr als Strafe, sondern nur noch als eine Prämie ansehen. Diese Straffestellung wird das Berufungsgericht umhalsig bekräftigen können.

Sozialdemokratische Anträge zum Etat des Wohlfahrtsamts.

Erhöhung der Mindestlöhne beantragt.

In der nächsten Sitzung der Danziger Stadtverordnetenversammlung kommt der Etat des städtischen Wohlfahrtsamtes zur ersten Lesung. Dieser Etat wird zu einer großen Ausdrucksache Anlaß geben; zu Rednern wurden Genossen Käthe Feu und Genosse Gebauer bestimmt. Folgende Anträge sind von der Fraktion zum Etat gestellt:

Die Mindestunterstützung für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger beträgt für ein Ehepaar 1500 M., für Witwen 1250 M. und für Waisen 1000 M. monatlich.

Für die Wirtschaftsabteilung des Wohlfahrtsamtes ist zur Mitwirkung beim Ankauf der Waren und der Verteilung derselben ein aus 7 Stadtverordneten bestehender Verwaltungsausschuß zu bilden.

Zur Mitwirkung bei der Verteilung der Winterbeihilfen ist ein Ausschuss von 5 Stadtverordneten und 2 Vertretern der Unterstützungsberechtigten zu bilden.

Die Dienststunden des Wohlfahrtsamtes sind zur Aufnahme von Unterstützungsanträgen pp. von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends festzusetzen.

Beim Wohlfahrtsamt ist eine zentrale Auskunftsstelle zu schaffen.

Neue Löhne im Handelsgewerbe.

Für die Arbeitnehmer im Handelsgewerbe, für Buchhalter, Kaufbuchhalter, Sagerarbeiter und Packer sind ab 1. d. Mis. folgende Löhne vereinbart worden: Männliche Arbeitnehmer von 14—15 Jahren 905 Mark, weibliche Arbeitnehmer 725 Mark, männliche 16—17 Jahren 1520 Mark, weibliche 1085 Mark, männliche 18—17 Jahren 2190 Mark, weibliche 1850 Mark, männliche 17—18 Jahren 3000 Mark, weibliche 2125 Mark, männliche 18—20 Jahren 4710 Mark, weibliche 3180 Mark, männliche 20—21 Jahren 5985 Mark, weibliche 3710 Mark, männliche über 21 Jahre 7500 Mark, weibliche 4000 Mark.

Für die im Großhandel sowie mit schweren und schmutzigen Arbeiten beschäftigten männlichen Arbeitskräfte betragen die Wochenlöhne im Alter von 18 bis 20 Jahren 5600 Mark, 20—21 Jahre 7000 Mark, über 21 Jahre 8500 Mark. Für die in den Eisenhandlungen beschäftigten männlichen Arbeiter über 21 Jahre 9800 Mark. Die Entschädigung für Werdenfleger beträgt die Woche 800 Mark. Dieser Tarif gilt bis zum 30. d. Mis.

Neue Löhne für Stukkateure. Durch Vereinbarung zwischen der Stukkateurinnung und dem Deutschen Bauarbeiterverband beträgt vom 17. November ab der Stundenlohn für Stukkateure 14 Mark. Die Stundenlöhne der Hilfsarbeiter sind die gleichen, wie im Hochbauhandwerk, die wir am Dienstag bekanntgaben.

Morgensfeier für die im Weltkrieg gefallenen Dichter. Im Danziger Stadttheater findet am Donnerstag eine Morgensfeier statt, die dem Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen deutschen Dichter gewidmet ist. W. Oranowski wird in einem Vortrag die Wesenheit der gefallenen Dichter-Soldaten festhalten. Eine von ihm getroffene Auswahl von kritischen und erzählenden Stücken, für deren Interpretation Dora Dienburg und Hans Böhm gewonnen sind, wird das Bild der Dichter ergänzen. Da es sich hierbei um ausschließlich der jüngsten Generation angehörnde Persönlichkeiten handelt, wird sich Gelegenheit finden, auch einmal die entschieden fortschrittlich-deutsche Dichtkunst kennen zu lernen.

Der Titel Baugewerksmeister ist verboten. Das Obergericht hat sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der Titel „Baugewerksmeister“ geführt werden darf oder nicht. Ein Baugewerksbetreibender in Danzig wurde vom Schöffengericht verurteilt, weil er den Titel Baugewerksmeister führte. Die Berufungsinstanz sprach ihn frei, aber nur aus persönlichen Gründen, weil er geglaubt habe den Titel führen zu dürfen. Es war aber in dem Urteil nicht völlig klar ausgedrückt, daß die Führung dieses Titels überhaupt verboten sei. Das Obergericht hat nun dahin entschieden, daß der § 183 der Gewerbeordnung klar und deutlich sagt, daß die dort bezeichneten Titel, darunter der Titel des Baugewerksmeisters bis zur Erlassung von Vorschriften des Bundesrats oder der Landesregierung nicht geführt werden dürfen. Solche Vorschriften sind aber weder vom Bundesrat, noch von Preußen, oder seit der Trennung von Preußen, von Danzig erlassen worden. Dieser Titel darf daher nicht geführt werden.

Der unvorsichtige Hinabwurf. Ein Kellner Oscar V. in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Mißhandlung eines betrunkenen Gastes zu verantworten. In ein Lokal kam abends ein Landwirt in betrunkenem Zustande. Er geriet mit dem Wirt in Streitigkeiten und beschimpfte ihn, so daß selbst die Gäste darüber unruhig wurden. Der Angeklagte war in diesem Lokal Kellner und suchte den Landwirt aus dem Lokal herauszubringen. Er sagte ihm und hielt ihn zur Tür hinaus. Der Landwirt fiel einige Stufen hinunter auf den Bürgersteig, wo er liegen blieb, da er sich den Fuß gebrochen hatte. Der Kellner bestimmte sich um den Hinausgeworfenen nicht weiter, sondern verschloß das Lokal. Von Strakenpässanten wurde der Verletzte nach dem Krankenhaus gebracht. Der Kellner leugnete, den Landwirt aus der Tür hinausgehoben zu haben. Das Gericht gewann aber die Überzeugung, daß der Angeklagte der Täter war. In der Tat sei er aber nicht betätigt gewesen. Das Hinabwerfen aus dem Lokal mußte in vorsträflicher Weise geschehen. Mindestens würde eine strafwürdige Körperverletzung vorliegen. In Betracht der Verhältnisse wurde die Tat aber milde betrachtet und von einer Freiheitsstrafe abgesehen. Das Urteil lautete auf 9000 Mark Geldstrafe wegen unvorsichtiger Mißhandlung.

Bürgerliche Parteien und Sozialrentner.

In der Rentenfestlegung rüht sich Danzig infolge des engen Zusammenhangs mit der deutschen Sozialversicherung bekanntlich sehr nach den deutschen Bestimmungen. Es ist darum wichtig, die Einzelheiten dieser Beschlüsse auch hier kennen zu lernen. Das Reichsversicherungsamt legte dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages im Oktober den Entwurf einer Verordnung vor, nach dem die Unterstützungen der Rentenempfänger der Invaliden- und Angefallenenversicherung bei einer Alters- oder Invalidenrente von 7200 auf 12 000 Mark, bei einer Witwen- oder Waisenrente von 5700 auf 8000 Mark, bei einer Waisenrente von 3900 auf 5400 Mark erhöht werden sollten. Außerdem sollte das nicht anzurechnende Arbeitseinkommen von 400 auf 10 000 Mark erhöht werden.

Angefaßt der geradezu verwerflichen Rottage der Alters- und Invalidenrentner, deren Angehörigen und Hinterbliebenen, beantragten die Sozialdemokraten eine Verbesserung der Unterstützungssätze. Nach den Anträgen der SPD sollte die Unterstützung erhöht werden für eine Alters- oder Invalidenrente von 7200 auf 28 800 Mark, für eine Witwen- oder Waisenrente von 5700 auf 22 800 Mark, für eine Waisenrente von 3900 auf 12 800 Mark, das nicht anzurechnende Arbeitseinkommen von 400 auf 18 000 Mark. Außerdem sollte bei Berechnung des Jahreseinkommens für jedes Kind der Betrag von 500 auf 800 Mark und für das vierte und jedes weitere Kind der Betrag von 300 auf 400 Mark, die Prämie aus öffentlichen Kassen sowie aus privaten Pensionskassen der Arbeitnehmer oder aus Werkstättenfallen von 1200 auf 1800 Mark erhöht werden.

Die bürgerlichen Parteien (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei) lebten diese wärsch beschiedenen sozialdemokratischen Anträge kalten Herzens ab.

Nachdem die sozialdemokratischen Abgeordneten den bürgerlichen Vertretern ins Gewissen geredet und sie nicht mehr zu beschreibende Not der Rentner des Volkes eindringlich hinwies, beantragten die bürgerlichen Vertreter, die Sätze von 7200 auf 18 000, von 5700 auf 15 000, von 3900 auf 7000 zu erhöhen. Diese Anträge wurden angenommen und schließlich stimmten die bürgerlichen für den einen sozialdemokratischen Antrag, das nicht anzurechnende Arbeitseinkommen von 400 auf 18 000 zu erhöhen. Die Erhöhung der Kinderbeihilfen lehnten die bürgerlichen ab.

Daten die bürgerlichen nur ein wenig Verständnis für die fürchterliche Not der Sozialrentner gehabt und hätten sie den sozialdemokratischen Anträgen zugestimmt, dann wären die Sozialrentner ab 1. Oktober d. J. erhalten:

Alters- und Invalidenrentner	28 800 M.
Witwen- und Waisenrentner	22 800 M.
Waisenrentner	12 800 M.

Da die sozialdemokratischen Anträge den bürgerlichen zu weit gingen, betragen die Unterstützungen für

Alters- und Invalidenrentner	nur 18 000 M.
Witwen- und Waisenrentner	nur 15 000 M.
Waisenrentner	nur 7 000 M.

Diese Beschlüsse setzen so recht das „warme Herz“ der bürgerlichen Parteien für die armen, hungernden und frierenden Sozialrentner. Im gleichen Mangelbewußtsein die bürgerlichen gegen den geschlossenen Widerstand der Sozialdemokraten eine Verbesserung der Unterstützungen für die hungernden Arbeiter. Völlig unzureichende Renten — erhöhte Brotpreise, das ist die so viel geprüfene soziale Fürsorge der bürgerlichen Parteien.

Erhöhung der Unterstützung der Rentenempfänger

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten des Volkstages hat einer Verordnung des Danziger Senats zugestimmt, durch welche rückwirkend vom 1. Oktober ab analog den Bestimmungen im Deutschen Reich die Unterstützungen in der Invalidenversicherung, sowie an Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung in einer solchen Höhe zu bemessen ist, daß das Jahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 18 000 Mark (bisher 7200 Mark), einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 15 000 Mark (bisher 5700 M.) und einer Waisenrente den Betrag von 7 000 Mark (bisher 3900 Mark) erreicht. Bei Berechnung des Gesamteinkommens soll das Arbeitseinkommen des Rentenempfängers bis zum Betrag von 12 000 Mark jährlich außer Rechnung bleiben.

Durch Messertische bis ausgerichtet hatte der Arbeiter Stammschlüssel aus Gutesherberge den Arbeiter P. aus St. Albrecht. Er hatte sich nun wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die beiden waren wegen einiger Tauben, die P. fortgeschlagen waren, in Streit geraten. Um der Sache ein Ende zu machen, klopfte P. dem Angeklagten auf die Schulter und sagte zu ihm: „Du kannst die Tauben besetzen.“ Der Angeklagte wurde darüber erregt, nahm sein Messer und verletzete dem P. einen Stich in den Rücken, der in die Lunge drang. Der Geschädigte stolperte die Treppe hinunter und dem Angeklagten war das noch nicht genug. Er ging ihm nach und verletzte ihn noch etwa 12 Stiche in den Kopf und in die Arme. Wie eine Faust befandete, hat der Angeklagte wiederholt gesagt, er werde es P. schon belohnen. Nur besonderen Glücksumständen ist es zu verdanken, daß P. mit dem Leben davonkam. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, sowie sofortige Verhaftung. Das Schöffengericht ließ es jedoch bei einer Gefängnisstrafe von vier Monaten bewenden, wobei St. auf freiem Fuß verließ. Der Staatsanwalt erklarte, Berufung gegen das Urteil einzulegen.

Das Kriegsschiff als Zollanland. Als die dänische Flotte in Danzig war, wurde auf einem Kriegsschiff eine Beschlusse gegeben. Der Zollmeister befehlte bei einem Kaufmann in Danzig 85 Pfund Silber für dieses Fest und die Ware wurde auch geliefert, von dem Zollbeamten aber angehalten. Der Kaufmann wurde vom Schöffengericht wegen unerlaubter Ausfuhr zu 5120 Mark Geldstrafe verurteilt. Er legte Berufung ein und machte geltend, daß die Beiträge zum sofortigen Gebrauch bestimmt waren und daß er nicht gewußt habe, daß ein Kriegsschiff als Zollanland gelte. Da das Schiff sich während des Verbrauchs im Anlande befand, so sei die Waren auch nicht ausgeführt worden. Das Berufungsgericht verwarf die Berufung und hielt auch die Einziehung der Ware aufrecht. Der Angeklagte durfte die Abfertigung ohne Genehmigung nicht vornehmen.

Teilweises Herstellungsverbot für Butter.

Die Herstellung von Käse vollständig untersagt. Eine Verordnung des Senats bestimmt, daß alle Molkereien und Molkereien die gesamte Menge der eingelieferten Milch nach Anordnung des Ernährungsamts Danzig abzuliefern haben.

Senat und Revolutionstäter.

Zur Klärung des Verbot der Mitwirkung der Schupo-Kapelle bei der Revolutionstäter der Sozialdemokratischen Partei hat die Sozialdemokratische Volksgruppe folgende große Anfrage im Plenum eingebracht:

Am 8. November 1922 ist durch den Vizepräsidenten des Senats, Reg.-Rat Mundt, der Schupo-Kapelle die Mitwirkung bei der seit Wochen in Programm und Welt bekanntgegebenen Revolutionstäter der Sozialdemokratischen Partei Danzig (D. Rev.) verboten worden.

Da dieses Verbot ein Verbot als eine Sonderverhandlung und Säkular eines Teils der Danziger Bevölkerung angesehen werden muß, kann nur angenommen werden, daß ohne Senatsbescheid ein Verbot gegen die Sozialdemokratische Partei gefällt werden sollte.

- Ist der Senat bereit, Auskunft zu geben.
1. und welchen Gründen überhaupt und warum im besonderen so kurz vor der Veranstaltung das Verbot erfolgt ist.
2. ob das Verhalten des Reg.-Rat Mundt gebilligt wird.
3. was der Senat zu tun gedenkt, um in Zukunft ähnliche Übergriffe der Verwaltung gegen einzelne Revolutionsstellen zu verhindern?

Keine allgemeine Gas- und Elektrizitätsverbilligung für Minderbemittelte.

In einer der letzten Stadtorordnetenversammlungen war ein Antrag angenommen, in dem der Senat ersucht wurde, der Stadtorordnetenversammlung recht bald eine Vorlage zu unterbreiten, nach der der Preis für Gas und Elektrizität für Minderbemittelte ermäßigt wird.

„Eine allgemeine anwendbare Regel für die Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise anzunehmen Minderbemittelte läßt sich nicht aufstellen. Versuche nach dieser Richtung sind in anderen Städten gemacht worden.“

„u. a. in Berlin, die getroffenen Maßnahmen haben sich jedoch nicht als durchführbar erwiesen, und man hat die Ursache daher nicht weiter verfolgt. Die Durchführbarkeit im wesentlichen daran, daß der Minderbemittelte bei der heutigen hohen Veränderung der Einkommensverhältnisse nicht fest erkannt werden kann und daß die Betriebsverwaltungen nicht in der Lage sind, die Bedürftigkeit im einzelnen nachzuprüfen.“

„Eine Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise kann daher nur für Bedürftige im Sinne des Wohlfahrtsamtes in Aussicht gestellt und durch das Wohlfahrtsamt selbst bewirkt werden, nach Maßgabe der Mittel, die dem Wohlfahrtsamt für Unterhaltungen zur Verfügung stehen.“

Aus dem Vorktag.

Zur Klärung des Mietrechts ist von der Deutschen Partei folgender Gesetzentwurf eingebracht:

- § 1. Der Mieter wie der Vermieter eines Gebäudes oder Gebäudeteils kann jederzeit ohne Rücksicht auf bestehende Verträge dem anderen Vertragspartner gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietzinses a) bei unter Zwangswirtschaft stehenden Gebäuden oder Gebäudeteilen nach den Bestimmungen des Senats berechnet werden soll; b) bei Wohnhäusern oder Gebäudeteilen, die nicht der Zwangswirtschaft unterliegen, vom Mietzinsabzug, falls eine Einigung unter den Vertragspartnern nicht zustandekommt, festgesetzt werden soll.
§ 2. Die Erklärung bedarf der schriftlichen Form. Sie hat die Wirkung, daß die neue Miete von dem ersten Termin ab für den die Kündigung nach § 3 des B. M. anfallsig sein würde, an die Stelle des bisherigen Mietzinses tritt.
§ 3. Das Gesetz tritt vom 1. Januar 1923 in Kraft.

Ueber die polnische Bohlschikane liegt folgende Anfrage vor: Die polnische Bohlschikane erhebt neuerdings von Danziger Staatsangehörigen für die einmalige Fahrt durch den polnischen Korridor eine Gebühr von 2000 Mark polnisch. Was gedenkt der Senat zu tun, um diese Erwerbsmittel für die Danziger Bevölkerung rückgängig zu machen?

Eines besseren besonnen haben sich die polnischen Mitglieder des Senats, die bekanntlich wegen der Überwindung eines ihrer Mitglieder in den Streit geraten waren. Sie sind gestern, angeblich auf Anraten des polnischen diplomatischen Vertreter Plunganski wieder zu einer Sitzung des Ausschusses erschienen. Der insenierte Protokollredakteur hat damit also auch ohne die gebildeten Erörterungen, kein Ende gefunden.

Ein teilweise Gefährdung abgelehnt hat das Ehepaar Komisch aus Schidlo, das am 18. Oktober unweit des Ferienortes in Langfuhr den Schloßer Will Sa. überfallen und beraubt hat. Wie noch ausführlicher wird, hat E. das Ehepaar wegen Verkauf eines Ganges in der Wohnung besucht und war dann auf dem Weg von dem Ehepaar (Mutter) begleitet und beraubt worden. Die Verbrecher wurden nach in derselben Nacht verhaftet. Schmerz beklagte war, daß im Den die Überbrannte Briefstücke des E. gefunden wurde. E. behauptete das Ehepaar auf das bestimmte als die Täter. Die Verhafteten bestritten die Tat auf das entschiedene. Sie habe sich in einem teilweise Gefährdung bequemt. Sie habe sich um gar keinen zurechenbaren Überfall gehandelt. Die Briefstücke...

nung eine Bohlschikane geübt, um sich darüber Gewißheit zu verschaffen, haben man dem E. früher bestritten. Dieser sei auch nicht mit einem Doll sondern mit einem Klein niedergeschlagen worden. Diese Angaben erscheinen wenig glaubwürdig. Frau Komisch will an der Tat überhaupt nicht beteiligt gewesen sein. Sie will die beiden Männer nur begleitet haben, um ihren Mann vor Unbilden zu bewahren. E., der im Krankenhaus seiner Verletzung entgegensteht, erklärt jedoch, daß auch Frau K. sich an dem Verfall beteiligt hat.

Die Lohnverhandlungen auf der Danziger Werft. haben zu folgendem Ergebnis geführt: Die Grundlöhne werden ab 1. November um 70 Prozent erhöht. Es erhalten somit:

- Vorarbeiter 120 Mark.
Geübte Arbeiter über 21 Jahre 170 Mark, von 20-24 Jahren 170 Mark, unter 20 Jahren 170 Mark.
Ungeübte Arbeiter über 21 Jahre 170 Mark, von 20-24 Jahren 170 Mark, unter 20 Jahren 165 Mark.
Ungeübte Arbeiter über 20 Jahre 170 Mark, unter 20 Jahren 160 Mark, 16 Jahren 160 Mark, 17 Jahren 160 Mark, von 18 Jahren 150 Mark, bis 19 Jahren 140 Mark, bis zum 20. Jahre 140 Mark.

Die Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 18 Mark, im zweiten Lehrjahre 28 Mark, im dritten Lehrjahre 38 Mark, im vierten Lehrjahre 48 Mark.

Dazu kommen für die laut § 4 des Tarifvertrages bezeichnenden Gruppen, die nicht im Accord beschäftigt werden können, noch die Zulage von 50 bzw. 25 bzw. 25 Mark je nach der festgelegten Gruppen-einteilung.

Die Akkordüberverdienste betragen durchschnittlich 10 Prozent. Die totalen Zulagen sind auf 10 Mark pro Stunde festgesetzt.

Verhandelt wurde noch, daß dieses Pohnabkommen vom 25. November 1922 an gilt und bei einer weiteren Steigerung der Lebensmittelpreise am 15. Dezember 1922 eine Teuerungszulage in Kraft tritt.

Die Vertrauensleute werden heute nachmittag über Annahme oder Ablehnung dieses Angebotes entscheiden.

Einrichtung von Wärmehallen.

Um der Not des kommenden Winters in etwas entgegenzutreten, will das städtische Wohlfahrtsamt an verschiedenen Stellen der Stadt Wärmehallen schaffen, wo jedermann Gelegenheit hat, sich während einiger Stunden zu erwärmen. Der große Preisfall der städtischen Wärmehallen in der früheren Artilleriekaserne soll als Wärmehalle eingerichtet werden, die von morgens 5 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet ist. Wegen mäßiger Entgelt soll auch die Wärmehalle anziehen sein, warme alkoholfreie Getränke zu genießen. Weiter sollen die Wärmehallen im Rindvieh und am Pankas, ferner die Wärmehalle des Ostdeutschen Heimabundes in der Weismannshimnengasse diesen Zweck nutzbar gemacht werden. Eventuell sollen auch einige Kassenzimmer als Wärmehallen dienen. In Schidlo soll die Wärmehalle im städtischen Wohlfahrtsamt und ein im Sommer als Kinderhort dienender Raum an den fraglichen Zweck benutzt werden. Außerdem sollen in der Mädchenschule zwei Kassenzimmer bereitgestellt werden.

Die Stadtorordnetenversammlung am Dienstag wird sich mit der Angelegenheit bereits beschäftigen. Die Tagesordnung ist um diesen Punkt erweitert worden. Die Kosten betragen etwa 500 000 Mark. Widerspruch gegen die Vorlage wird sich wohl kaum geltend machen.

Die neue Erhöhung der Beamtengehälter

in im Reich, wie bereits gestern kurz gemeldet, in der Form erfolgt, daß ab 16. November der prozentuale Teuerungszuschlag auf Grundbesitz, Ortszuschlag und Kinderzuschlägen von 40 auf 120 Prozent erhöht und der Frauenaufschlag verdoppelt wird. Damit erhöhen sich die Gehaltsbezüge der Beamten ab 16. November um 48 Prozent. In den Verhandlungen wurde den Organisationen außerdem zugesagt, daß eine Abhebung der Sonderzulagen für Beamte in besonderer teuren Orten möglichst bald erfolgen soll. Ausgeschlossen erhalten Beamte in etwa 44 großen Städten wie Berlin, Hamburg, Köln, Essen, Pommernhafen u. a. einen 10-prozentigen örtlichen Sonderzuschlag zum Grundbesitz, Ortszuschlag und den Kinderzulagen. Die Organisationen sind mit dieser prozentualen örtlichen Sonderzulage nicht einverstanden, sondern fordern eine grundlegende Neuregelung.

Der heutigen Sitzung des Plenums liegt folgende Tagesordnung vor. Die zweite Änderung des Beamtendienstvertrages. Die Änderung der Vorschriften über Lohnzahlung und über die Wählbarkeit von Wahlberechtigten. Die weitere Entlastung der Gerichte. 2. und 3. Beratung der achten Änderung des Beamtendienstvertrages. Die Erhebung einer besonderen Umsatzsteuer für Gas- und Stromvertragsstellen. Ermächtigung des Senats zur vorübergehenden Herabsetzung von Steuern. Die Genehmigung zum Erwerb von Grundbesitz. Abänderung des Gesetzes über Abgaben zum Wohnungsbau. Abänderung der Bekanntmachung über Abänderung der Verordnung gegen Preissteigerung. Antrag betr. Ausbau und Verbesserung des Schulwesens auf dem Lande. Das Steuergrundgesetz. Das Ruhegehalt der Mitglieder des Senats im Hauptamt.

Das abgeleitete polnische Vorkriegs. Die polnische Presse in Danzig hatte für den 10. Dezember mit erheblichem Tam-tam ein „großes Fest des polnischen Liedes“ angekündigt. Jetzt reißt der „Dziennik Wauki“ mit, daß dieses Fest nicht stattfinden wird, da die Saalbesitzer solche Bedingungen gestellt hätten, daß man auf die Abhaltung ein polnisches Fest zu begeben, verzichten müsse. Die Saalbesitzer hätten zunächst 80 000 Mark für Miete gefordert und außerdem die Bedingungen gestellt, daß im Saale Tische aufgestellt werden sollen, damit das Publikum vom Buffet Gebrauch machen könnte. Unter solchen Bedingungen könne jedoch kein Konzert stattfinden, da das im höchsten Grade beleidigend wäre. Mit Rücksicht auf die unerhöht hohe Summe wäre darum davon Abstand genommen. Ob das wirklich nur allein der Grund war, muß dahingestellt bleiben.

Ein großer Kleinkind-Diebstahl ist in der Nacht zum Mittwoch in dem Fernleitungsamt von Bruno Kinder, Gudenstraße 100, verübt worden. Die Täter schlugen das Schloß ein und raubten Naturerzeugnisse im Gesamtwert von etwa 1 Million Mark.

Der Verband heimattreuer Offiziere veranstaltet morgen, Sonntag, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus einen Unterhaltungsabend. Näheres siehe Anzeige.

Oben. Der Gesangsverein „Niederstapel“ bezieht am Sonntag, den 27. November, im Lokale „Der Döbber“, Oben, sein diesjähriges Stiftungsfest. Außer dem reichhaltigen Programm, haben die Gesangsvereine: Männergesangsverein Langfuhr von 1891 und Männerchor „Braun über Wirkung“ eingeladen. Zum ersten Male tritt der Männerchor des Gesangsvereins „Niederstapel“ mit den auswärtigen Vereinen gemeinsam auf. Die werktätige Bevölkerung Obens wird um zahlreiches Besuchen des Festes aufgefordert.

Oben. Eine Sitzung der Gemeindevertretung findet am Donnerstag, den 26. November, nachmittags...

1. Verkauf von Danzigern an den Preis. 2. Verkauf der Wasserleitung. 3. Erhöhung der Ankerungsgebühren. 4. Erhöhung der Tagelöhner. 5. Die Teilnahme an den Sitzungen des Reichstagesamtes. 6. Erhöhung der Entschädigung der Arbeiter. 7. Erhöhung der Entschädigung des Staatsbeamten. 8. Erhöhung der Entschädigung für Neigungsarbeiten an die Schuldner. 9. Was von Kr. empfangen. 10. Abbruch eines Verleides mit dem Schornsteinmacher Pfeiffer.

Reutels. Ein Streit um den Bürgermeister ist seit einiger Zeit in dem Halben Städtchen. Die Stadtorordnetenmehrheit hatte beschlossen, den Bürgermeister Armer zu pensionieren, und eine Neuwahl ist bereits vorgenommen. Damit ist ein Teil der Bürgererschaft und auch der Senat nicht einverstanden. Der Senat hat in einem Schreiben an die Stadtorordnetenversammlung auf die finanziellen Auswirkungen des Pensionierungsbeschlusses hingewiesen. Die Pension des Bürgermeisters von gegenwärtig etwa 25 000 Mark jährlich würde dem Halben Städtchen unüberhörlich belasten. Der Senat hat die Aufgabe nicht als notwendig an die Stadtorordnetenversammlung hat am Dienstag um 10 Uhr Schreiben des Senats Stellung genommen und mit 12 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen, den Senat zu ersuchen, die Stadtorordnetenversammlung aufzulösen und die endgültige Lösung der Bürgermeisterfrage der neuen Stadtorordnetenversammlung zu überlassen.

Aus dem Ofen.

Marientura. Auf Gieseler Bahn. Für über 100 000 Mark Waren erschwindelte ein Kaufmann Leo Co. von einem hiesigen Geschäftsmann und setzte sie in Marientura und Ebing um. Als die Marienturiger Kriminalpolizei Sp. in Ebing verhaften wollte, war er bereits nach Berlin abgedampft. Ein Teil der Waren konnte noch beschlagnahmt und den Eigentümern angehördigt werden. Sp. kammt aus einer angelegenen Knigsberger Familie.

Marienturiger. Ueber eine Schlägerei auf der Weltafel berichtet die Reichsleitung: Freitag nachmittags Mitte der Nacht 3. aus Grubau mit seinem Sohn auf der Weltafel. Es kam drei bewaffnete Polen und nahmen beide gefangen. Im Dorf, um mit ihnen and jenseitige Ufer zu fahren. Mit dem Strom warfen die beiden Fischer die drei Polen ins Wasser. Alle drei schwammen sich an Ufer. 3. rüber und mit ihnen im Schlauplan and deutsche Ufer and anließ zu sein.

Villau. Stinnes im Knarsch. In der letzten Stadtorordnetenversammlung kam der Verkauf eines großen Geländes an der Gabelstraße zur Sprache. Es ist dem Magistrat nach langwierigen Verhandlungen gelungen, wie Bürgermeister Stamer ausführte, die Firma Hugo Stinnes für ein Industrieunternehmen in Gestalt eines großen Desinfektors zu interessieren, das für Villau große Vorteile verspricht. Dem Magistrat wurde für die weiteren Verhandlungen freie Hand gelassen.

Knigsberg. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zurückgetreten. Seit längerer Zeit kämpft die hiesige Allgemeine Ortskrankenkasse mit Schwierigkeiten; der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat erklärt, daß er sich jetzt außerhandelebe, der Schlichteramt Herr zu werden. Infolgedessen hat das Versicherungsamt die Geschäfte des Vorstandes übernommen.

Zittau. Rückkehr eines Totgegangenen. Ein Wesler aus der Niederung war als Interostler verschüttet und wurde für tot erklärt. Er war aber in feindliche Gefangenschaft geraten und tief in Regener interniert. Seine Frau heiratete inzwischen einen anderen Mann. Der Vermählte und Totgegangene lebte vor ungefähr acht Tagen aus der Gefangenschaft zurück und fand seine Frau verheiratet und als Mutter eines Kindes zweiter Ehe vor. Von ihrem ersten Mann waren drei Kinder vorhanden.

Zwinnende. Vom Minensuchboot zum Passatierdampfer. Die Mahner hat eines der früheren nachgehenden Minensuchboote zu einem Passagier- und Frachtdampfer umgebaut, der unter dem Namen „Ocean“ nach Spanien geht und in eine Dampfmaschine Spanien-Morocco eingestrichelt werden wird. Der Dampfer enthält Salons, Schlafkabinen, Penderäume usw. Er wird bereits in den nächsten Tagen unter spanischer Flagge nach seinem Heimathafen dampfen. Die Werft hat noch mehrere dieser Umbauten in Arbeit.

- Stadtkassier vom 24. November 1922.
Todesfälle. Walter Siegfried Paasch, 19 J. 10 Mon.
Witwe Auguste Kirich geb. Jiminski, 85 J. 5 Mon.
Witwe Charlotte Hecht, 84 J.
Witwe Karoline Weisberg geb. Werner, 72 J. 10 Mon.
E. d. Schiffseigeners Anton Rudnicki, 2 Tage.
Metalldreher Karl Schmidt, 64 J. 7 Mon.
Rechner Herbert Krupke, 20 J. 9 Mon.
E. d. Arb. Karl Krause, 1 Mon.
Anwalde Friedrich Schulz, 70 J. 9 Mon.
Jurnaliste Gustav Weuster, 80 J. 8 Mon.
Witwe Elisabeth Thimm geb. Dalmier, 62 J. 8 Mon.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Devisenstand am 12 Uhr mittags.)
Polnische Mark: 43 am Vortage 39
Amer. Dollar: 6850
Englisches Pfund: 29000

Verammlungs-Anzeiger

- Arbeiter-Abstinenz-Bund.
Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vortrag des Gen. Bechrend: Warum muß der Arbeiter abstinenz leben?
Freie Turnerschaft Langfuhr.
Sonntag, den 25. November, abends 7 Uhr, Winterfestversammlung im Kleinhammerpark, Marienstraße 13.
Touristenverein „Die Naturfreunde“.
Sonntag, 26. November: Nach dem Schmierental.
Abfahrt: 7.40 Uhr bis Oliva (Vorortbahnhof).
Allgemeiner Gewerkschaftsbund.
Montag, den 27. November, abends 8 Uhr: Delegiertenversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Vorkommnisse der Elektriker.
Montag, den 28. d. Mis., abends 8 Uhr im Verhandlungsamt: Beratung über die neuen Bedingungen.
Verantwortlich für Politik: Carl Boops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Fritz Weber, Danzig; Inserate: Anton Gooßen, Danzig; Druck: von J. Gost u. Co., Danzig.

Zur Vollendung ein Schritt weiter!

LOE
LÖWE

Wenn unser Kaufhaus jetzt eine neue bedeutende Phase seiner Vorwärtsentwicklung durch eine starke räumliche Vergrößerung und Neuausgestaltung vollendet hat, so darf es bekennen, daß diese Vergrößerung diktiert wurde von der ungeahnten Entwicklung, die unser Haus im Laufe der letzten Jahre genommen hat. Die immer wachsende Kundschaft war es, die als Urheberin des jetzt verwirklichten Erweiterungsgedankens angesprochen werden muß. Die zunehmenden Käuferfahnen erzeugten in unserem großen Gebäude ein Gefühl der Enge, das wir als schweren Uebelstand empfanden und zu beheben trachteten.

Das Problem wurde so gelöst, daß wir zunächst die Räume der historischen Gebäude des Langgasser Tors und der Georgshalle in unseren Komplex einbezogen und ohne Veränderung des reizvollen architektonischen Außenbildes in ihnen die Verwaltungs- und Organisationsräume unterbrachten. Durch diese Lösung war die Möglichkeit gegeben, die ganze vierte Etage unseres Warenhauses, die bisher den Verwaltungsräumen vorbehalten war, für Verkaufszwecke frei zu bekommen.

Dieser Umstand wurde zugleich Anlaß zu einer grundlegenden architektonischen Neugestaltung, bei der, ohne daß das Publikum dabei gestört wurde, auch die inneren Verkehrsverhältnisse des Hauses wesentlich verbessert wurden. Die Lichthöfe verschwanden, um den einzelnen Etagen mehr Raum zu geben und dem Verkehr freiere Bahn zu schaffen. Die Treppen wurden nach modernen Verkehrsgrundsätzen verlegt, neue Treppenverbindungen geschaffen, und der Erfolg ist eine wesentliche Erleichterung und Vereinfachung für das kaufende Publikum.

Gekrönt wurde das in aller Stille zu Wege gebrachte Werk durch die Schaffung der vierten Verkaufsetage, wo die Kunst des Architekten in Form und Farbe alle Möglichkeiten entfaltet hat, um Verkaufsräume zu schaffen, die als lehrenswert angesprochen werden können.

Die neue Verkaufsetage enthält den bedeutend erweiterten Erfrischungsraum, der in seiner innendekorativen Ausgestaltung von besonderem Reiz ist und mit seinen Ausblicken auf die herrliche Architekturgruppe des Stockturms, der Peinkammer und des Hohen Tors und darüber hinweg auf die Höhen des Bischofsberges eine angenehme Stätte der Erholung für das Publikum darstellt. In der Mitte der Etage rundet sich über einen großen Raum, der an ein römisches Atrium erinnert, ein hohes Glasgewölbe, durch das das Tageslicht strömt. Es gruppieren sich hier aneinander die Bücherabteilung, die Abteilung für Papierwaren und die Leihbibliothek, sowie die Billett- und Verkehrskasse. Eine weitere Neueinrichtung ist der große, geschmackvoll ausgestaltete Teppichsaal, auf dessen architektonische Durchbildung und farbige Behandlung besondere Sorgfalt verwandt worden ist. Dieser neuen Stätte Danziger Geschäftslebens ist hierdurch ein Gewand gegeben worden, das dem Aufschwung unseres Hauses würdig ist und der Wichtigkeit entspricht, die dieser neue Schritt weiter zur Vollendung bedeutet.

**Wiedereröffnung: Sonnabend, d. 25. November,
nachmittags 3 Uhr.**

(7827)

FREYMAN